

Fuldaer Zeitung

GASTKOMMENTAR

Anerkennung kann nur friedlich erreicht werden

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder Menschenrechtsverletzungen durch die verbotene kurdische Partei PKK deutlich verurteilt. So war und ist die GfbV ihrem Leitprinzip „Auf keinem Auge blind sein“ treu geblieben. Das gilt auch für die Gewalt der PKK-Sympathisanten gegen deutsche Polizisten in Mannheim am vergangenen Samstag.

Diese kurdischen Randalierer sind der unterdrückten kurdischen Zivilbevölkerung in der Türkei buchstäblich in den Rücken gefallen. Gewalttätige Aktionen setzen alle Sympathien aufs Spiel, die die Sache der Kurden in Deutschland und Europa noch genießen. Der gesamten demokratischen kurdischen Nationalbewegung, die seit Jahrzehnten um Gleichberechtigung, Menschenrechte und Selbstbestimmung ringt, wird mit diesen Methoden erheblichen Schaden zugefügt. Gewaltausbrüche gegen deutsche Polizistinnen und Polizisten, die nichts anderes tun, als ihrer Pflicht nachzugehen, sind verantwortungslos.

Wer eine Anerkennung der Kurden in Deutschland durchsetzen will, wird und darf mit Übergriffen auf unsere Polizei nichts erreichen. Ganz im Gegenteil, sie werden nur auf Ablehnung stoßen. Wer eine Aufhebung des PKK-Verbots fordert, wie der Veranstalter des kurdischen Festivals von Mannheim, darf sich nicht wundern, bei diesem Vorhaben keine Verbündeten unter Demokraten in Deutschland zu finden.

KAMAL SIDO verurteilt die Gewalt extremistischer Kurden bei einem Fest in Mannheim – und wirbt gleichzeitig für die kurdische Sache.



Der Autor (51) ist im kurdischen Teil Syriens geboren und lebt seit 1990 in Deutschland. Er ist Nahostexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen.

Auch wenn die türkische Regierung keine spürbaren Schritte zu einer friedlichen und gerechten Lösung der Kurdenfrage unternimmt; auch wenn Ankara den rund 15 Millionen Angehörigen dieser Volksgruppe in der Türkei keine grundlegenden Rechte zugesteht, auch wenn die offizielle türkische Politik bis heute auf eine gewaltsame Unterdrückung der Kurden setzt und Meinungs- und Pressefreiheit stark einschränkt; auch wenn türkische Behörden und Justiz auf friedliche prokurdische Äußerungen mit Inhaftierung und langjährigen Gefängnisstrafen antworten; auch wenn für die Kurden in der Türkei keine einzige kurdische Schule existiert und sich etwa 7000 kurdische Politiker in türkischer Haft befinden, weil sie Menschen- oder Minderheitenrechte für Kurden, für die christlichen Assyro-Aramäer, Aleviten, Armenier, Yeziden oder Lasen fordern – kaum jemand wird diese gewalttätigen Aktionen in Deutschland gutheißen.

Die Forderung an die deutsche Bundesregierung, sie möge ihre Türkei-Politik endlich überdenken, kann und darf nicht durch solche oder ähnliche Aktionen wie in Mannheim erzwungen werden. Wer will, dass Berlin die politische, diplomatische und militärische Rückendeckung für seinen Nato-Partner Türkei einschränkt, muss die Herzen der deutschen Bevölkerung erobern. In einem demokratischen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland können und dürfen politische Forderungen nur auf dem demokratischen Wege durchgesetzt werden. Das ist der einzige Weg, den auch deutsche Kurdinnen und Kurden gehen müssen. Nur so können sie mit der Unterstützung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und anderer deutscher demokratischer Institutionen rechnen.

Daher erwarten wir von allen kurdischen Organisationen, auch von den PKK-nahen Verbänden, dass sie sich nur friedlich für die berechtigten Interessen der Kurden in der Türkei, in Syrien, im Iran und im Irak einsetzen. Von der deutschen Bundesregierung wünschen wir eine entschiedene Strategie gegenüber der Türkei zur Durchsetzung der Rechte der Kurden und für die Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen.